

Antrag an den 30. Parteitag der CDU Deutschlands

26. Februar 2018, Berlin

Antragsteller: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Der Parteitag möge beschließen:

Euro stabil halten - Keine Vergemeinschaftung von Schulden

Die CDU Deutschlands bekennt sich klar zu den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts und fordert die konsequente Umsetzung in allen Eurozonen-Staaten. Risiko und Haftungsverantwortung müssen verbunden bleiben. Wir erteilen jeder Vergemeinschaftung von Schulden und Haftungsrisiken eine klare Absage.

Die CDU Deutschlands wird daher in einer neuen Regierungskoalition garantieren:

- Die No-Bail-Out-Klausel hat uneingeschränkt Bestand. Eine Vergemeinschaftung von Schulden lehnen wir klar ab.
- Wir unterstützen eine Weiterentwicklung des ESM zu einem durch Vertrag der Eurostaaten zu gründenden Europäischen Währungsfonds (EWF), allerdings nur, wenn die dem ESM zugrundeliegenden Anteils- und Entscheidungsstrukturen sowie die Vetorechte der nationalen Parlamente uneingeschränkt auch für den EWF gelten.
- Im Bankensektor dürfen Haftung und Verantwortung nicht auseinander fallen. Unser bewährtes deutsches Einlagensicherungssystem ist Blaupause für die in Europa beschlossenen nationalen Einlagensicherungssysteme. Wir wollen nicht, dass Sparer in Deutschland für die Einlagen in anderen Ländern haften. Die Entscheidungen über eine gemeinsame Europäische Einlagensicherung dürfen erst dann getroffen werden, wenn – wie beschlossen – die nationalen Einlagensicherungssysteme funktionieren und ein Konsens über eine wirksame und nachhaltige Risikoreduzierung im Bankensystem hergestellt ist.